

spotlight europe

2014/01 — Februar 2014

Nordafrika zwischen Krise und Konsens

Christian-P. Hanelt

Bertelsmann Stiftung, christian.hanelt@bertelsmann-stiftung.de

Die Arabellion geht in ihr viertes Jahr: mehr Freiheit aber weniger Sicherheit, mehr Chancen aber weniger Jobs, ein Flickenteppich von Konflikten. Die Umbrüche irritieren und überfordern die meisten Menschen rund ums Mittelmeer. Dennoch, Arabien macht sich vielerorts auf den Weg Richtung Demokratie und sozialer Marktwirtschaft. Trotz Reibungsverlusten geht die europäische Transformationshilfe in die richtige Richtung, sie könnte sich aber politisch stärker einbringen.

spotlight europe
2014/01

Der Bürgerkrieg in Syrien, der Kampf gegen Dihadisten in Mali, der Machtkampf in Ägypten und die Flüchtlingsdramen vor Lampedusa prägen ein negatives Bild über die Umbrüche in Arabien. Was mit Euphorie 2011 begann, endet nun im Chaos, so die Wahrnehmung vieler Europäer.

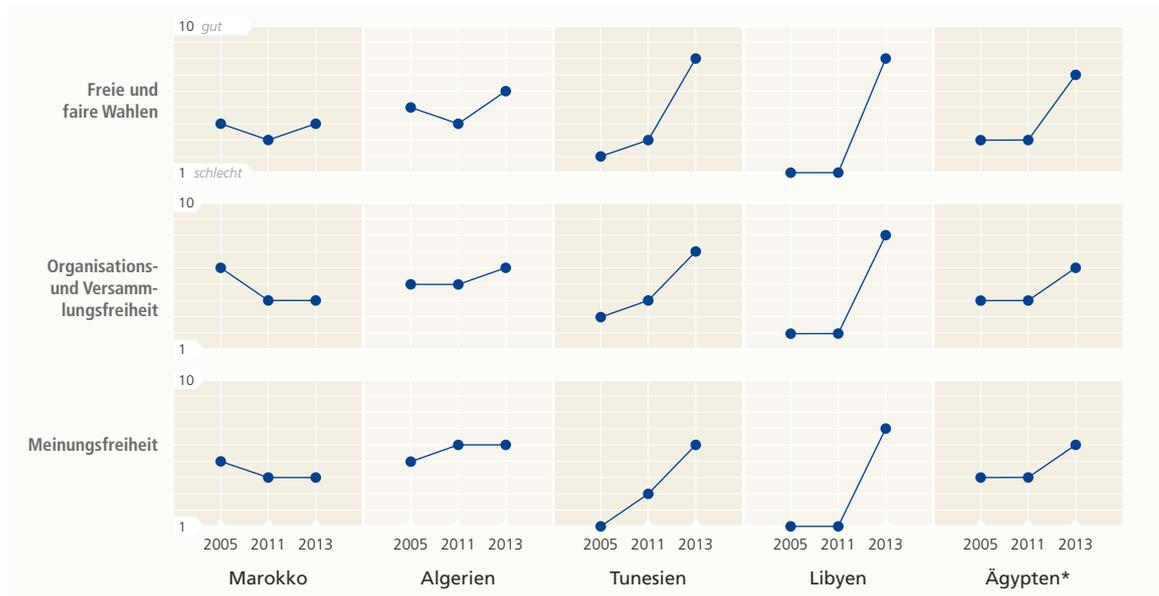
Diese negativen Eindrücke verdecken, dass Europas arabische Nachbarschaft ein vielseitiges Gesicht zeigt: Das veranschaulicht der aktuelle Bertelsmann Transformationsindex 2014 (BTI). Die BTI-Analyse ermöglicht einen Entwicklungs-Vergleich in Sachen Demokratisierung und sozialere Marktwirtschaft seit 2003.

Danach driften die einzelnen Subregionen der Arabischen Welt seit 2011 politisch auseinander: Im Nahen Osten dominieren politische

Rückschritte entlang der ethnischen und religiösen Konfliktlinien vom Libanon über Syrien und den Irak bis nach Bahrain. Die Golfregion kennzeichnet politische Stagnation, mancherorts auch Repression, bei parallelem wirtschaftlichen Boom. Tunesien, Ägypten, Libyen, Algerien und Marokko wiederum haben durch mehr politische Beteiligungsmöglichkeiten und soziale und wirtschaftliche Reformen den nordafrikanischen Raum auf einen Transformationsweg gebracht und haben qualitativ zu anderen Weltregionen aufgeschlossen.

Aufgrund dieser geopolitischen Kategorisierung ist es sinnvoll, genauer auf die Transformationsentwicklung dieser fünf nordafrikanischen Nachbarn zu schauen - auf ihrem Weg zu Demokratie, zu einer gerechteren Wirtschaft und zu besserer Regierungsqualität.

Politische Beteiligungsrechte in Nordafrika, 2005 bis 2013



* Die Jahreszahlen beziehen sich auf das jeweilige Ende des Untersuchungszeitraums für den BTI 2006, den BTI 2012 und den BTI 2014. Die Bewertung des BTI 2014 schließt beispielsweise die Entmachtung der Muslimbrüder in Ägypten nicht mehr mit ein, die sonst eine deutliche Abwertung bewirkt hätte.

Quelle: BTI 2006-2014

© Bertelsmann Stiftung

Mehr Beteiligungsrechte

Demonstrationen, Versammlungen, Gründungen von Parteien und Interessenvertretungen, Wahlen, Medienvielfalt und eine immer mündigere und selbstbewusstere Zivilgesellschaft fordern politische und zivile Rechte ein. In Marokko erlaubte König Mohammed VI. 2011 eine öffentliche Verfassungsdebatte. In Tunesien fanden nicht nur die ersten fairen und freien Parlamentswahlen statt, sondern im Januar 2014 stimmen parteiübergreifend 90 % der Parlamentarier einer für die arabische Welt wegweisenden Verfassung zu - nach zweijähriger hitziger Debatte und unter Einschluss von zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Nichtregierungsorganisationen.

Mehr Freiheit, Vielfalt und Beteiligung befeuern aber auch bislang tabuisierte gesellschaftliche Konflikte. Zentrale Fragen der Identität sind zu diskutieren, allen voran die Frage nach dem Verhältnis von Religion und Politik. Daneben harren beispielhaft folgende Fragen einer Beantwortung: Gibt es ein geeintes Libyen aller Bürger, oder sollte Libyen in seine drei

Hauptregionen Tripolitanien, Cyrenaika und Fezzan aufgeteilt werden, analog den Vorstellungen einiger Stämme und Milizen? Sind in Ägypten die Machtansprüche der Muslimbrüder und des Militärs friedlich in Einklang zu bringen, oder wird die Zukunft weiter durch Konfrontation gekennzeichnet? Schafft es die regierende Elite in Algerien, die politische Teilhabe zu erhöhen und einen Generationswechsel einzuleiten? Sind Frau und Mann nur gleich vor dem Gesetz oder setzt sich Gleichberechtigung auch im Alltag durch?

Neben der Identität stellt sich die Frage der Legitimation von Macht. Haben Diktatoren früher mit dem Mittel der Angst geherrscht, so müssen die Regime nun mehr und mehr Rechenschaft über ihre Machtausübung ablegen. Wie erbittert der Machtkampf um Einfluss und Ressourcen ausgetragen wird, zeigt sich exemplarisch in Ägypten. Das alte Machtgefüge aus Militär, Polizei, Justiz und Bürokratie ringt mit den Muslimbrüdern und dem bunten revolutionären und säkularem Spektrum um die Zukunft. Bezwingen die Revolutionäre vom Tahrir-Platz 2011 mit Hilfe der Generalität Diktator Mubarak, so gewannen die Muslimbrüder

die Wahlen; durch schlechtes Regieren erzürnten die Religiösen jedoch Millionen von Bürgern, das Militär entmachtete daraufhin mit Billigung der meisten säkularen Kräfte die Muslimbrüder. Nun herrschen wieder Militär und alter Apparat. Die Muslimbruderschaft ist als Partei verboten, als Verein zur Terrororganisation deklariert, die revolutionären Kräfte sind kaltgestellt, selbst ehemalige 2011-Aktivist*innen sitzen nun im Gefängnis, die Presse berichtet in gleichgeschalteter Manier einseitig zugunsten der neuen alten Machthaber.

Hunger nach Arbeit

Die politischen Konflikte haben die wirtschaftliche Entwicklung Nordafrikas zurückgeworfen. Zwar gibt es weniger legalistische Hürden für die Gründung von Firmen und die Berufswahl, aber die aufgebrochenen gesellschaftlichen Konflikte und die politischen Unsicherheiten schrecken Investoren ab und heizen die Inflation an. Eine vielfältige Abwärtsspirale hat eingesetzt: sinkende Steuereinnahmen, steigende Arbeitslosigkeit, weniger Touristen, dafür mehr Korruption, die Schere zwischen Arm und Reich klappt weiter auseinander denn je. Wenig tröstlich ist das Erkenntnis, dass in radikalen Umbruchsituationen geradezu zu erwarten ist, dass volkswirtschaftliche Leistungsstärke und makroökonomische Stabilität sinken und soziale Exklusion steigt. Exemplarisch auch hier Ägypten, dessen kurzfristiger Finanzbedarf so riesig ist, dass der Kairoer Staatshaushalt ohne die milliardenstarken Finanzspritzen der Saudis, Emiratis und Kuwaitis in Konkurs ginge.

Die wirtschaftlichen Einbrüche machen nun aber den jahrzehntelangen Reform- und Modernisierungstau in der arabischen Welt sichtbar. Der Hunger der jungen Gesellschaften nach Arbeit und ein wenig Wohlstand kann nur befriedigt werden, wenn die, meist auf das Rentensystem ausgerichteten, Volkswirtschaften mit ihren Subventions-Mechanismen, die in erster Linie Reiche entlasten, in eine produktive und dienstleistungsorientierte Infrastruktur umgebaut werden. Die algerische Regierung versucht, die Markt- und Wettbewerbsordnung zu reformieren. Marokko versucht, durch

engere Anbindung an den europäischen Markt sein Wirtschaftsportfolio zu diversifizieren.

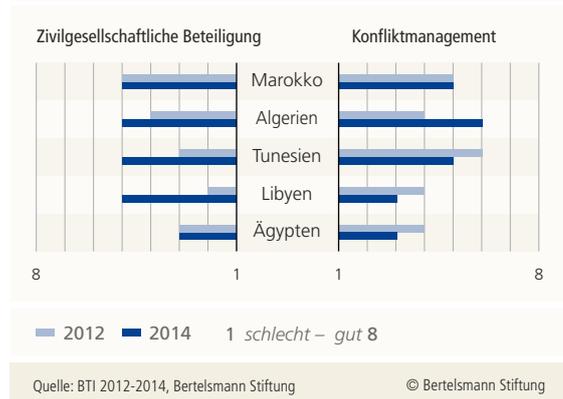
Die meisten Ägypter setzen auf Feldmarschall Abdel-Fattah al-Sisi als Präsidenten, sie verzichten auf Freiheit und akzeptieren die Restaurierung der alten Macht, weil sie hoffen, dass ein neuer starker Mann die Wirtschaft in Schwung bringt, damit endlich die Preise wieder sinken und sie vielleicht doch eine Arbeit finden können. Dabei hat der große Hoffnungsträger bislang kein wirtschaftspolitisches Programm vorgelegt.

Inklusiver und besser Regieren

Gutes Regieren verlangt den Entscheidungsträgern ab, grundlegende Wirtschaftsreformen mit inklusivem Wachstum und transparentem Regulieren zu erreichen, die fragilen demokratischen Institutionen zu stärken, den alten Überwachungs- und Sicherheitsapparat zu einer verfassungstreuen Polizei und Armee umzuformen, Korruption und Kriminalität effektiv zu bekämpfen, die Sicherheitslage zu stabilisieren und Terroranschläge zu vereiteln.

Zur Beurteilung von Regierungsqualität zeichnet der aktuelle Bertelsmann Transformation Index ein buntes Bild für die fünf nordafrikanischen Länder. Deren Führungseliten haben zwar nun mehr Optionen zum Regierungshandeln als zuvor, zeichnen sich aber gleichzeitig durch weniger Kompetenz und Ressourceneffizienz aus. Beispiel Libyen: Das ölfreiche Land

Partizipativer, aber konfliktreicher



erlebt ein lebendiges Parlament und gewählte Regierung, doch Gadhafi-Diktatur und Bürgerkrieg erschweren den Politikern Willkür, Kriminalität und Staatsverfall zu verhindern und Institutionen zu schaffen, die das Milizentum ablösen.

Ein zentrales Problem ist die weiterhin grassierende Korruption in Nordafrika. Dagegen hilft mehr Transparenz. Fachleute der OECD und des Berliner Auswärtigen Amtes arbeiten mit dem tunesischen Finanzbeamten daran, für Regierung, Parlament und Öffentlichkeit das Jahresbudget transparent zu gestalten. Transparency International ist mit lokalen Partnern dabei, Bewusstsein für die Brisanz von Korruption zu schaffen. Beides sind wichtige Beiträge zur Etablierung rechtsstaatlicher Strukturen.

Transparenz und Rechtsstaatlichkeit schaffen Vertrauen. Und besonders Vertrauen fehlt zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen, die sich nun Dank der Arabellion in Parlamenten, Medien und Zivilgesellschaft stärkeres Gehör verschaffen können. Doch Streit und Zank um Identität und Macht polarisieren besonders entlang religiöser und sozialer Konfliktlinien, der gesellschaftliche Zusammenhalt ist in Gefahr. Dank ihres Engagements haben in Tunesien drei starke Säulen der Zivilgesellschaft – die Gewerkschaften, die Unternehmerverbände und die Menschenrechtsorganisationen – zwischen dem islamistischen und dem säkularen Spektrum vermitteln können.

Eine demokratische Kultur des Kompromisses und Konsenses zu entwickeln und zu erhalten, ist aber schwer. Die Verhandlungsmethodik des Runden Tisches hilft. Vorbildhaft sind die Runden Tische, die wie in Warschau infolge der Umbrüche von 1989-1990 eingerichtet wurden, um zwischen den neuen und alten Machteliten gesellschaftlichen Zusammenhalt inklusiver und pluraler neu zu organisieren. Es ist an der Vermittlungskunst, Protestbewegungen und alte Herrschaftsstrukturen von ihren maximalen Forderungen zu Kompromissen zu bewegen. Die Herausforderung, gesellschaftliche Polarisierung zu überwinden und neue Konsensstrukturen zu entwickeln, zeigt sich innerhalb der europäischen Nachbarschaft nicht nur

in Nordafrika, sondern auch in der Türkei und der Ukraine. Vermittelnde Kräfte, die nationale Dialoge organisieren können, sind im gesamten europäischen Nachbarschaftsraum gefragt.

Hier steckt eine neue politische Herausforderung für die Europäische Union, die Transformations-Partnerschaften um das Moderieren und Unterstützen ‚Runder Tische‘ zu ergänzen.

Die europäische Perspektive

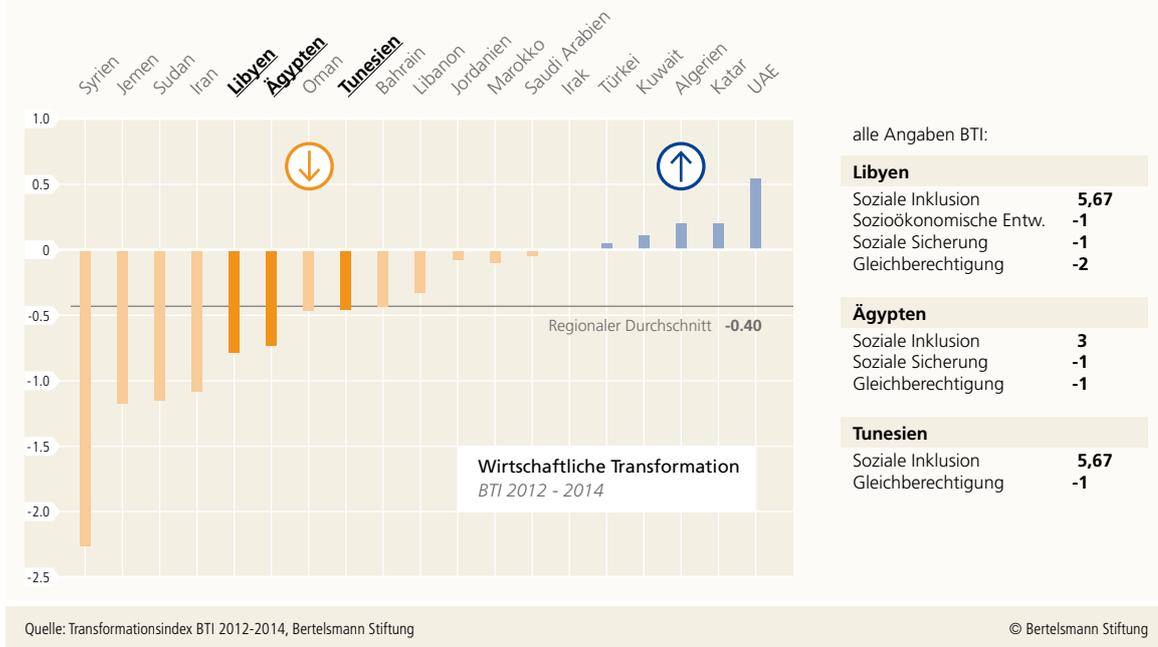
Sehr schnell haben die Brüsseler Institutionen und die Mitgliedsstaaten infolge der arabischen Umbrüche ihre Transformationshilfen ausgeweitet und umstrukturiert. Während sie vor 2011 ihre Zusammenarbeit noch stark auf Sicherheits-Kooperation mit den Regimen und Hilfe beim Umbau der lokalen Wirtschaften auf den Freihandel konzentrierten, so legten sie ab 2011 den Fokus stärker auf die Förderung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Teilhabemöglichkeiten.

Institutionell reagierte die Europäische Union durch eine Aufstockung der direkten Budgethilfe für Revolutionsländer wie Tunesien. Sie intensivierte die bilaterale Zusammenarbeit im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik mit allen Ländern Nordafrikas. Mit Tunesien und Ägypten wurden Task-Forces eingerichtet, um maßgeschneiderte Projekte zum Beispiel für die Entwicklung des ländlichen Raumes zu entwickeln. Mit Marokko, Tunesien (und Jordanien) verhandelt die EU sogar über vertiefte Handelspartnerschaften. Zur Unterstützung demokratischer Strukturen gründete die EU mit dem European Endowment for Democracy und SPRING (Programm zur Förderung von Reformen und Wachstum) zwei neue Förder-Instrumente.

Gemeinsam mit den Finanzhilfen der Mitgliedsstaaten setzte Europa so einen vielfältigen Strauß unterschiedlicher Projekte auf, die von der Aus- und Fortbildung über die Stärkung der Zivilgesellschaft bis hin zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen reichen.

Im Bewusstsein, dass die Umbrüche gerade in Nordafrika historisch sind, versah die EU ihre

Wirtschaftliche und soziale Probleme in politischen Umbruchsituationen



Nordafrika zwischen Krise und Konsens

spotlight europe # 2014/01

institutionellen Unterstützungs-Programme mit einer starken normativen Komponente: So solle den Nachbarn im Süden nicht nur mehr Geld, sondern auch ein leichter Zugang zu europäischen Märkten und mehr Mobilität seiner Menschen nach Europa gewährt werden. Außerdem sollten die finanziellen Zuwendungen konditioniert werden nach dem Motto „more for more, less for less“, dass heißt die Länder, die sich mehr in Richtung Demokratie bewegten, bekommen mehr Unterstützung; diejenigen, die keine ausreichenden Fortschritte erzielen, müssen mit weniger Angeboten rechnen.

Nach drei Jahren zeigt sich, dass die normative, institutionelle und praktische Transformations-Unterstützung richtig ist. Die Arabellion bleibt eine Zeitenwende; die Entwicklungen sind sprunghaft, komplex, von Land zu Land unterschiedlich, oft unberechenbar. Europa als direkter Nachbar bleibt betroffen, ergo mögen die Projektinitiativen hartnäckig und engagiert fortgesetzt werden, auch wenn schnelle Ergebnisse zunächst ausbleiben.

Zu loben ist, dass trotz der eigenen Staatsschuldenkrise die Europäische Union mehr Geld

für ihre südliche Nachbarschaft bereitgestellt hat - rund ein Drittel mehr als vor Ausbruch der Arabellion. Zu loben ist auch, dass die EU trotz großer Zurückhaltung, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, und trotz des Kampfes gegen Terrorismus und Intoleranz an der Bedeutung ihrer Transformations-Partnerschaften festhält.

Dennoch könnten die EU-28 den Wirkungsgrad ihrer Hilfen und Projekte erhöhen, wenn sie die Bandbreite an Reibungsverlusten zwischen den europäischen Institutionen und den Hauptstädten ihrer Mitgliedsstaaten minimieren könnten.

More for more, less for less

Ägypten: Europa finanziert die Stärkung der Zivilgesellschaft und der Medienvielfalt. Die Machthaber am Nil, seien es Muslimbrüder oder Militärs, schränken diese jedoch ein, sei es durch ein Arbeitsverbot für diverse Stiftungen, sei es durch die Verfolgung von Bloggern und Aktivisten der Revolutionsbewegung vom 6. April. Nach der europäischen Vorgabe des More for More, Less for Less-Prinzips müsste Europa seine Hilfen einschränken und sein politisches Engagement zurückfahren. Einige

Mitgliedstaaten sind dafür, auch weil sie die strikte Verfolgung der Muslimbrüder kritisieren. Andere Mitgliedstaaten sind dagegen, weil sie Ägypten geopolitisch für zu wichtig halten, als dass es ignoriert werden könne. So steht Brüssel zwischen allen Stühlen und versucht, seine europäische Nachbarschafts-Politik zwischen pragmatischer Realpolitik und normativ orientierter Zusammenarbeit zu manövrieren. Angesichts dieses Dilemmas ist zu empfehlen, keine Fördergelder aus dem SPRING-Programm mehr zu gewähren, die sozialen Projektinitiativen zur Armutsbekämpfung im ländlichen Raum aber fortzuführen. Angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung am Nil muss auf eine Integration aller gesellschaftlichen Gruppen hingewirkt werden, damit die Ausgrenzung der Muslimbrüder und der Revolutionsbewegungen überwunden wird. Ägypten braucht dringend einen Runden Tisch, selbst wenn die jetzigen Machthaber dies bestreiten. Auch wenn der europäische Einfluss in Kairo im Vergleich zum amerikanischen gering ist, weil das ägyptische Militär auf die amerikanische Militärunterstützung angewiesen ist, so können doch Brüssel und Washington gemeinsam mehr politischen Druck ausüben und einen Kompromiss- und Konsens-Prozess dort motivieren helfen. Sicherlich entkommt Kairo diesem Druck kurzfristig mittels der Finanzspritzen aus dem Golf und der politischen Unterstützung durch den Kreml in Moskau. Doch angesichts des riesigen sozioökonomischen Reformstaus, vor dem die Machthaber in Kairo stehen, braucht Ägypten mittelfristig die Transformations-Partnerschaft mit Europa, dieses Pfund sollte Brüssel in die Waagschale werfen.

Infolge der europäischen Staatsschuldenkrise wächst der Zwang gerade der südeuropäischen Mitgliedstaaten, Wachstum zu generieren und dafür mehr die Potenziale in Nordafrika zu nutzen. Für die spanische Wirtschaft bedeutet dies zum Beispiel, ihren Handel mit Marokko auszubauen, um neue Wachstumsnischen zu erschließen. Währenddessen versuchen europäische Förderprogramme den Palast in Rabat zu drängen, bei den politischen Reformen fortzufahren und die politischen Rechte seiner Bürger zu stärken. Handelsinteressen konterkarieren die Bestrebungen Brüssels in

diesem Sinne politischen Druck aufzubauen. So gerät europäische Transformationshilfe ins Spannungsfeld mit Wirtschafts- und Handelsinteressen. Bei näherem Hinsehen kann dieses Dilemma aufgelöst werden. Mehr Pluralität in Politik und Wirtschaft kann Marokkos Ökonomie eher stärken und so noch attraktiver machen für europäische Unternehmen. Darüber ist mit den politisch Verantwortlichen in Rabat zu sprechen, denn die hohe Legitimität des Königshauses erlaubt weitergehende soziale und politische Reformen.

Schließlich könnten die nordafrikanischen Länder mehr eigene Gewinne erzielen, wenn sie mehr landwirtschaftliche Produkte auf dem europäischen Markt verkaufen könnten. Aus Angst vor Billigkonkurrenz aus dem Süden haben einige EU-Hauptstädte und Institutionen eher auf Abschottung gesetzt und parallel europäischen Agrarexport subventioniert. Jedoch setzt in Europa langsam ein Umdenken ein. Die bilateralen Assoziationsabkommen mit einzelnen nordafrikanischen Staaten schaffen mehr Einfuhrmöglichkeiten nach Europa. Beachtung sollte auch die jüngste Rede von EU-Agrarkommissar Ciolos bei der Eröffnung der Grünen Woche Anfang 2014 in Berlin finden. Ciolos kündigte an, die europäische Agrar- und Entwicklungspolitik stärker miteinander zu harmonisieren, insbesondere die Subventionen für landwirtschaftliche Produkte aus Europa nach Afrika zu reduzieren. So eine Strategie könnte verhindern helfen, dass immer mehr afrikanische Bauern ihre Höfe verlassen und nach Europa, zumindest in die großen Städte, flüchten.

Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika (UNECA) sieht den intraregionalen Handel zwischen den nordafrikanischen Ländern von derzeit unter 5% steigerbar. Die fünf Staaten haben ein enormes ökonomisches Potenzial dank fossiler und alternativer Energien sowie der jungen Bevölkerung. Insbesondere das Misstrauen zwischen den nordafrikanischen Regierungen, gerade zwischen Rabat und Algier, und unsichere Grenzregionen in und um Libyen blockieren mögliche Kooperationen. Für Europa ergibt sich auch hier eine politische Aufgabe, in Abstimmung mit den Hauptstädten könnte Brüssel mehr politische Kraft mobilisieren, um zwischen Algerien und

Marokko vertrauensbildende Maßnahmen zu erwirken, vielleicht sogar einen Kompromiss über den Westsahara-Konflikt zu erzielen, der die größte Hürde für interregionale Kooperation in Nordafrika darstellt. Zusätzlich muss innerhalb der EU die ambivalente Haltung zum Westsahara-Gebiet geklärt werden. Das Land hat eine fischreiche Küste, die Teil des EU-Marokko-Fischereiabkommens ist.

Die aufgezeigten Reibungsverluste, die durch die Dilemmata europäischer Nordafrika-Politik entstehen, empfehlen eine doppelte politische Initiative. Eine nach innen zur Selbstreflexion und eine nach außen zur Konflikt-Vermittlung zwischen gesellschaftlichen Gruppen und zwischen Regierungen.

Eine Räson auf höchster EU-Regierungsebene wäre allerdings Voraussetzung, um die Richtung und Wirkung europäischer Transformations-Initiativen in der südlichen Nachbarschaft zu bestimmen und das komplizierte Beziehungsgeflecht aus nationalen Interessen, nationaler und europäischer Unterstützungsleistung sowie das Zusammenspiel mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) in ein harmonischeres Lot zu bringen. ■

Literatur:

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), *Transformation Index BTI 2014: Political Management in International Comparison*, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2014.
www.bti-project.org

Edward Burke, *Running into the sand?, The EU's faltering response to the Arab revolutions*, Centre for European Reform, December 2013, pdf unter:
http://www.cer.org.uk/sites/default/files/publications/attachments/pdf/2013/esy_eb_arab_18dec13-8216.pdf

Ibrahim El Houdaiby, *Democracy and Islamists: what is next?* Policy Brief No. 172, ISSN 1989-2667, FRIDE, December 2013, pdf unter:
http://www.fride.org/download/PB_172_Democracy_and_Islamists.pdf

European Commission, *Press Release: Further EU support for southern Neighbourhood to boost*, 20. Januar 2014, pdf unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-35_en.htm

European Commission, *Press Releases on Regional cooperation programmes*, 21. November 2013, pdf unter:

Egypt http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-1028_en.htm

Algeria http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-1025_en.htm

Libya http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-1026_en.htm

Morocco http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-1029_en.htm

Tunisia http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-1031_en.htm

Regional cooperation in the Southern Mediterranean

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-1027_en.htm

SPRING 2013 programme

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-1030_en.htm

IPEMED Institut de Prospective Économique du Monde Méditerranéen, *Europa und der Mittelmeerraum*, Bericht für Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, April 2013.

Karim Mezran, *North African Transitions in 2014*, Atlantic Council, 7. Januar 2014.
<http://www.atlanticcouncil.org/en/blogs/menasource/north-african-transitions-in-2014>

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.), Sigrid Faath, *Regionale Kooperation im Maghreb: Nach wie vor eine Fata Morgana*. Die Umbrüche in Nordafrika 2011 vertiefen die Unterschiede bei der Orientierung von Staat und Religion, DGAP Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Dezember 2013, pdf unter:
<https://dgap.org/de/article/getFullPDF/24649>

Transparency International, *Corruption Perceptions Index 2013*, 03. Dezember 2013, Druckversion unter: <http://www.transparency.de/index.php?id=2400&type=98>

Dr. Jan Völkel, *BTI 2014: Middle East and North Africa Regional Findings*.
www.bti-project.org/mena

Vi.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl Bertelsmann Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Isabell Hoffmann
isabell.hoffmann@bertelsmann-stiftung.de
Telefon +49 5241 81 81313

Joachim Fritz-Vannahme
joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de
Telefon +49 5241 81 81421

ISSN 1865-7451

Zuletzt erschienen:

spotlight europe # 2013/05
Talente fair fördern
Christal Morehouse & Matthias Busse

spotlight europe # 2013/04
Nordafrika im Wandel –
Chancen mit und für Europa
Christian-P. Hanelt & Sven Behrendt

spotlight europe # 2013/03
Europäische Union und Russland am Scheideweg
Iris Kempe & Cornelius Ochmann

**Alle Ausgaben des „spotlight europe“
stehen im Internet als Download bereit:
www.bertelsmann-stiftung.de/spotlight**